



08.05.2019

Ein lang ersehnter Traum: Wo die EU heiß geliebt wird

Die Europäische Union ist gespalten: in Euroskeptiker und glühende Befürworter. Das wird wenige Wochen vor der Europawahl immer präsenter. Bei der gemeinsamen Veranstaltung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft und der Europa-Union Pforzheim-Enzkreis am Dienstag im PZ-Forum im Rahmen der Europawoche dominierte Letztere. Thema des Abends: die EU-Osterweiterung aus der Sicht Polens und Rumäniens.

Doch wer hätte gedacht, dass ausgerechnet bei den Bürgern dieser Länder, die aus Brüsseler Sicht bedenkliche Entwicklungen durchmachen, Europa so beliebt wie nie ist. „Polen waren schon immer überzeugte Europäer“, sagte Andrzej Osiak, polnischer Generalkonsul in München und einer der geladenen Gäste der Podiumsdiskussion. 91 Prozent Zustimmung für die EU in Polen „können nur erstauen“, so Osiak. Ein Wert, den nicht einmal Deutschland erreicht. Hierzulande haben laut jüngsten Erhebung des Eurobarometers 81 Prozent der Befragten ein positives Bild von der EU.

Dass die EU in Mitteleuropa populär ist, sei der Vergangenheit geschuldet. „Die EU ist eine Garantie für unsere Freiheiten.“ Wie etwa Reise-, Meinungs- oder Wirtschaftsfreiheit. Denn es ist noch gar nicht so lange her, dass in Polen und Rumänien die Demokratie Einzug gehalten hat.

Osiak und sein rumänischer Kollege in Stuttgart, Radu-Dumitru Florea, erinnerten das Publikum daran, dass während in den 50er- und 60er-Jahren die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl die wirtschaftliche und politische Grundlage für dauerhaften Frieden schuf, „Mitteleuropa um die

eigene Unabhängigkeit und um die Einheit des Kontinents kämpfte“, so Osiak. Die Meilensteine auf dem Weg in die EU sind nicht wenige: Arbeiteraufstände 1956 in Polen und Ungarn, Prager Frühling 1968 in der Tschechoslowakei und schließlich die Solidarnosc-Bewegung 1980 in Polen.

Deswegen bedeute für Mitteleuropa die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, im Falle Polens seit 2004 und Rumäniens seit 2007, viel mehr als eine bloße Zugehörigkeit zu einer Organisation. „Aus der Sicht Polens sollte das zusammenwachsen, was zusammen gehört“, formulierte Osiak es mit den Worten des Altkanzlers Willy Brandt.

An diesem Abend wurde deutlich, dass die EU ein „lang ersehnter Traum“ für Polen und Rumänen war, der Integrationsweg aber nicht einfach. So erlangte Polen eine der wichtigsten Grundfreiheiten innerhalb der Europäischen Union, die der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, erst 2011, Rumänien folgte 2014 – Fluch und Segen zugleich. Denn: Viele Fachkräfte aus Polen und Rumänen sind abgewandert. „In manchen Bereichen wie etwa in der Landwirtschaft oder im Bauwesen spüren wir diese Auswirkung“, sagte Florea. Für Länder wie Deutschland sei es ein Gewinn an neuen Arbeitskräften, die an ein niedrigeres Lohnniveau gewöhnt sind. Rund 146.000 Rumänen leben und arbeiten allein in Baden-Württemberg. Damit stellen sie die drittgrößte Minderheit, nach den Türken und Italienern.

Auch in Polen fehlen Fachkräfte. Das sei aber auf den Wirtschaftsboom zurückzuführen, so Osiak. „Mein Land war das einzige Land in Europa, wo in den letzten 25 Jahren ständig Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war.“ Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Polen hätte sich verdreifacht. Von 43 Milliarden Euro (2004), bis zu 118 Milliarden im vergangenen Jahr. Ohne die EU wäre dieser Quantensprung aber nicht möglich gewesen. Denn Polen habe von den EU-Finanzmitteln unglaublich profitiert: Von 2004 bis 2019 flossen 162 Milliarden Euro. Polen überwies dagegen nur 52 Milliarden an die EU. In 15 Jahren waren es unterm Strich 110 Milliarden. Doch Osiak stellt klar: „Profitiert hat aber die ganze Gemeinschaft.“

So auch Rumänien. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit der Mitgliedschaft vervielfacht, sagt Florea. Aktuell hat das Land den Vorsitz im Rat der EU inne. Rumänien mache sich. Dennoch bleibt das Land das drittärmste der EU nach Bulgarien und Kroatien.

Die Sicht Polens und Rumäniens auf die EU könnte nicht positiver sein. Doch es gibt auch Kritik, die an diesem Abend zur Sprache kommt, etwa an den Justizreformen in Polen, dem Druck auf Universitäten und Medien, der Korruption in Rumänien oder am Konfrontationskurs in Fragen der Flüchtlingspolitik und Sicherung der Außengrenzen. Und dennoch wünschen sich die beiden Landesvertreter vor allem eines: „Dass wir mehr miteinander als über einander sprechen“, so Osiak.

DIE ZAHL ZUM THEMA:

1046 Euro

pro Kopf und Jahr steigerte der EU-Binnenmarkt das Einkommen in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine gestern veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung rund zwei Wochen vor der Europawahl. Pro EU-Bürger seien es statistisch im Durchschnitt rund 840 Euro brutto.

Autor: PZ